



Schulen individuell einschätzen
Schulumtsleiterin Rachel Guerra erklärt das Eskalationsmodell zur Eindämmung des Coronavirus. 3

Impfungen für Spontane möglich
Ungeimpfte können auch spontan die mobilen Impfungen in den Gemeinden aufsuchen. 2

Infoabend Weiterbildung
25. November, 19 Uhr
Hanflandstrasse 17
Buchs
bzb.
Heute, 19 Uhr

Fehlender politischer Wille kritisiert

Bernadette Kubik-Risch hofft, dass es in Liechtenstein in naher Zukunft eine Gleichstellungsstrategie geben wird. Jahrelang leitete sie die Stabsstelle für Chancengleichheit, die sie selbst aufbaute. Die Nichtregierungs-, allen voran die Frauenorganisationen hätten viel bewegt in den letzten Jahren in Liechtenstein, sagt sie im Interview. Dennoch gebe es Verbesserungspotenzial: «Die Entwicklung und Umsetzung einer Gleichstellungsstrategie hat der UNO-Ausschuss CEDAW nach der letzten Länderberichterstattung Liechtenstein sehr ans Herz gelegt.» Die Empfehlung wurde vom Ausschuss im Sommer 2018 ausgesprochen. Sich nicht für Gleichstellung einzusetzen, koste auch Geld – für den Staat und die Wirtschaft. «Dabei denke ich an Frauen, die ein Studium abgeschlossen, sich auf dem Arbeitsmarkt bewährt haben und dann kurz nach der Familiengründung aus dem Erwerbsleben aussteigen, da für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb die Rahmenbedingungen zu wenig optimal sind.» (dal) 7

Sapperlot

Niedlich: Im Zoo in Rostock kuschelt derzeit die Eisbärin Sizzel mit ihren Zwillingen. Im Babyglück ist auch die brasilianisch-deutsche Sängerin und Tänzerin Fernanda Brandao: Gestern liess sie verlauten, dass sie schwanger ist. Die Spatzen pfeifen überdies von den Dächern, dass sich die 38-jährige verlobt hat. Apropos Spatzen: Die neuseeländischen Kiwis singen wieder! Dank Rettungs- und Schutzmassnahmen von Tierschützern hat sich die Population der Schnepfenstrausen – wie sie auch genannt werden – wieder erholt. Wie auch jene der Caretta-Meeresschildkröten, die am Kap Verde zu Hause sind. Vom Nordwesten Afrikas zu einer Geschichte ins südchinesische Yangzhou: Eine 82-jährige Grossmutter fiel im 18. Stock über eine Balkonbrüstung – und blieb unverletzt ein paar Meter weiter unten an einer Wäscheleine hängen. Alles positive Meldungen aus der Welt, die zumindest für ein paar Sekunden die aktuellen Turbulenzen vergessen lassen sollen. Bettina Stahl-Frick

«Wir müssen der Realität ins Auge blicken»

Regierungschef Daniel Risch zeigt Verständnis, dass die Maskenpflicht Unmut auslösen kann.

Valeska Blank

Während die Schweiz gestern auf neue landesweite Coronaregeln weiterhin verzichtet und die Kantone in der Verantwortung sieht, hat Liechtenstein diese Woche eine weitgehende Maskenpflicht beschlossen. Sie gilt ab morgen Freitag in vielen Lebensbereichen – etwa am Arbeitsplatz, in den Schulen und in Gastronomiebetrieben.

Ob jemand gegen das Coronavirus geimpft ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle: Die neue Maskenpflicht gilt für alle. Regierungschef Daniel Risch ist sich bewusst, dass diese Regelung bei manchen für Verärgerung

sorgt – vor allem bei denjenigen, die sich durch die Impfung solidarisch gegenüber der gesamten Gesellschaft gezeigt haben: «Ich verstehe, dass durch die Maskenpflicht für alle Unmut entstehen kann und dass Personen mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn das nicht okay finden», sagt er im Interview mit dem «Vaterland». Wegen des starken epidemiologischen Geschehens, das Liechtenstein seit ein paar Wochen erlebt, habe sich die Regierung aber zu dieser Massnahme gezwungen gesehen. Ausserdem bringe die Maske auch den Geimpften einen Vorteil, so Risch. Studien haben gezeigt, dass auch Geimpfte nach ein

paar Monaten nicht mehr so gut vor einer Infizierung geschützt sind und das Virus weitergeben können.

«Auch ich warte darauf, dass es das Zertifikat nicht mehr braucht»

Die Maskenpflicht gilt nun auch an 3G-Veranstaltungen, bei denen die Gäste bisher keinen Mund-Nasen-Schutz tragen mussten. Der Regierungschef bedauert, dass diese kurze Phase der Normalität vorübergehend vorbei ist. Wie alle anderen warte auch er darauf, dass es das Covid-Zertifikat dereinst überhaupt nicht mehr braucht. Mit Blick auf die hohen Fallzahlen in Liechtenstein sagt Risch aber: «Wir

müssen der Realität jetzt einfach ins Auge blicken.» Deshalb hofft der Regierungschef auf die Unterstützung der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner: Wenn gewisse Menschen nicht mitziehen, werde die Pandemie nur noch mehr verlängert.

Auch der Schweizer Bundesrat schätzt die derzeitige epidemische Situation als kritisch ein. Angesichts der aktuell relativ tiefen Belastung der Intensivpflegestationen mit Covid-19-Patientinnen und -Patienten und der grossen regionalen Unterschiede hält er eine schweizweite Verschärfung der Massnahmen derzeit aber nicht für angezeigt. 5

Sie haben in Deutschland jetzt das Sagen



Ein «Superminister», ein konservativer Finanzchef und die erste Frau an der Spitze des Aussenministeriums: Wenn die Parteien den gestern vorgestellten Koalitionsvertrag absegnen, startet Deutschland schon in der Nikolaus-Woche mit einer neuen Regierung. Bundeskanzler wird Olaf Scholz. 16, 17 Bild: Kay Nietfeld, Keystone

Slowakische Regierung verhängt Lockdown

Die slowakische Regierung hat einen landesweiten Lockdown für zwei Wochen ab heute beschlossen. Das gab Vizeregierungschef Richard Sulik nach einer Kabinettsitzung gestern bekannt. Entgegen früheren Plänen

gebe es dabei keine Ausnahmeregelungen für Menschen, die gegen Covid-19 geimpft sind, sagte der Minister. Offen bleiben sollen nach den Regierungsplänen hingegen die Schulen. Die Bedingung dafür sind regelmässige Coro-

navirus-Tests, wie Sulik erklärte. Auch der Weg zur Arbeit bleibt weiterhin möglich, es wird aber eine Testpflicht geben. Geschlossen werden nach Suliks Worten jedoch alle Restaurants und Geschäfte. (pd)

Flüchtlingsboot gesunken: 31 Tote

Beim Untergang eines Bootes mit Geflüchteten auf dem Weg nach Grossbritannien sind 31 Menschen gestorben. Darunter befanden sich fünf Frauen und ein kleines Mädchen, teilte Frankreichs Innenminister Gerald Darmanin gestern Abend in Calais mit. Zwei weitere Menschen, die sich auf dem Boot befanden, seien gerettet worden. Vier Schlepper, die möglicherweise an der gescheiterten Überfahrt von Frankreich aus beteiligt waren, seien festgenommen worden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron rief unterdessen zu einer Krisensitzung auf europäischem Niveau auf. Frankreich werde nicht zulassen, dass der Ärmelkanal sich in einen Friedhof verwandle und Schleuser Menschenleben in Gefahr brächten. Die Mittel der Grenzschutzagentur Frontex an den Aussengrenzen der EU müssten unverzüglich erhöht werden. Mehrere Politiker erklärten, dass mehr getan werden müsse, um die Schlepper zu bekämpfen. «Wir brauchen mehr Mittel, um das Netz der Schlepper zu zerstören, die das Elend ausnutzen», schrieb der konservative Präsidentschaftskandidat Xavier Bertrand. (pd)

Geschenkideen aus unserem Land

zemma-schenka.li

Differenziert und vielseitig:
Meisterweine aus Italien

CARATELLO WEINE

Zürcher Str. 204E, 9014 St.Gallen
www.caratello.ch